

**Deutscher Bundestag
Kommission Parlamentsrechte
bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr
- PA 26 -**

Ausschussdrucksache

18(26)001

Fragebogen

zur 2. Sitzung

der Kommission Auslandseinsätze der Bundeswehr

zur nicht öffentlichen Sitzung

am Mittwoch, den 04. Juni 2014,

14:00 Uhr

Fragen für die Anhörung der Bundesregierung am 4. Juni 2014

1. Auf welche sicherheitspolitischen Entwicklungstrends stellt sich die Bundesregierung ein, welche Einsatzszenarien und welche geografischen Schwerpunktsetzungen sind für GSVP- und NATO-Einsätze in der Zukunft zu erwarten?
2. Welche sicherheitspolitische und militärische Rolle will und kann Deutschland in EU und NATO spielen - auch vor dem Hintergrund der reklamierten größeren Verantwortung Deutschlands? Steht dem eine parlamentarische Beteiligung in der bislang praktizierten Form entgegen?
3. Welche integrierten und multinationalen militärischen Strukturen bestehen in EU und NATO schon heute und wo bestehen graduell unterschiedliche Abhängigkeiten anderer Partner von deutschen Fähigkeiten und Personal und wo bzw. in welchen Szenarien ist die Bundeswehr – im Grundbetrieb und im Einsatz – ihrerseits abhängig von den Beiträgen und der Unterstützung anderer Staaten?
4. Warum wurden die EU-Battle-Groups bisher nicht und die deutsch-französische Brigade nur einmal eingesetzt? Stand das geltende deutsche Parlamentsbeteiligungsgesetz Einsätzen der EU-Battle-Groups entgegen? Welche politischen Konsequenzen werden daraus gezogen? Welche militärischen Anpassungen sollten bei derartigen Verbänden bzw. Einzelpersonalgestellungen in Stabsfunktion vorgenommen werden?
5. Welches sind die konkreten Trends der fortschreitenden Verzahnung und Integration im Bereich der europäischen Fähigkeitenentwicklung (unter der Berücksichtigung der Beschlüsse des Europäischen Rats vom Dezember 2013 zur GSVP und mit Blick auf den NATO-Gipfel im September 2014); und wie bewerten Sie Überlegungen zu einem Europäischen Hubschrauber Kommando bzw. eine stärkere Einbindung von Transporthubschraubern in das Europäische Lufttransportkommando (EATC) und zu einem Europäischen Luftverteidigungssystem sowie mögliche deutsche Beiträge dafür? Sieht die Bundesregierung eine hinreichend gemeinsame außen- und sicherheitspolitische Basis in der EU und der NATO, um eine weitere Integration von militärischen Strukturen – und damit die Verstärkung von gegenseitiger Abhängigkeit bei den militärischen Potenzialen – voranzutreiben?
6. Wie verstärken und entwickeln sich die Abhängigkeiten – sowohl militärisch als auch politisch –, wenn die im Rahmen der EU- und NATO-Initiativen Pooling & Sharing bzw. Smart Defence geplanten Projekte und insbesondere das von Deutschland eingebrachte Framework Nation Concept umgesetzt werden? Sind diese Abhängigkeiten der Partner untereinander gleichmäßig verteilt und welche Nationen stehen in diesem Zusammenhang in einer exponierten Verantwortung? Teilen alle Partner die Ansicht, dass unabhängig von den jeweils konkreten Einsatzszenarien und ggf. gegen eigene nationale Interessen bzw. Stimmungslagen in der jeweiligen Bevölkerung die entsprechenden Verbände geschlossen für eine Militäroperation zur Verfügung stehen müssen?

7. Welche konkreten Erwartungen werden von Bündnispartnern mit Blick auf eine zunehmende Integration europäischer Streitkräfte an Deutschland – insbesondere bei der Planung und Umsetzung dieser Projekte – geäußert? Welche Rolle spielen dabei die Aspekte Bündnissolidarität, Vertrauen und Verlässlichkeit? Welche konkreten Erwartungen hat die Bundesregierung gegenüber den Bündnispartnern? Welche Rolle spielen auch vor dem Hintergrund gemachter Erfahrungen die Aspekte Bündnissolidarität, Vertrauen und Verlässlichkeit? Wie sind die Erfahrungen der Bundesregierung mit anderen Ländern (Frankreich, Niederlande, Großbritannien) bei der zur Verfügungsstellung integrierter mil. Fähigkeiten?
8. Welche Erfahrungen hat die Bundesregierung in der letzten Dekade in der Anwendung des Parlamentsbeteiligungsgesetzes gemacht?
9. Wird in den Gesprächen auch das deutsche Parlamentsbeteiligungsgesetz thematisiert und wie bewerten Sie den Wissensstand darüber bei unseren Partnern? Hat die Bundesregierung Erkenntnisse über Erfahrungen mit der parlamentarischen Beteiligung bei Auslandseinsätzen bei unseren Partnern und wie bewertet die Bundesregierung die dadurch bestehenden Rahmenbedingungen für Einsatzentscheidungen bei integrierten Verbänden?
10. Steht nach Ansicht der Bundesregierung eine parlamentarische Beteiligung nach dem Parlamentsbeteiligungsgesetz einer verstärkten militärischen Integration im Rahmen der vom BVerfGe gesetzten Rahmenbedingungen entgegen?
11. Gibt es Erfahrungen der Bundesregierung bei den bisherigen Mandatierungsprozessen im Zusammenhang mit den prozeduralen Abläufen in den Bündnissen, die aus exekutiver Sicht Anpassungen des geltenden Parlamentsbeteiligungsverfahrens als notwendig und politisch sinnvoll erscheinen lassen, um unter den gegebenen verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen die Handlungsfähigkeit Deutschlands bei Sicherung des Parlamentsvorbehalts zu gewährleisten und zu erhöhen?